

Kürzungshaushalt verhindern

Stopp der Zinszahlungen an die Banken!

Gewerbesteuer erhöhen!

... über 500 Mio. Euro fehlen der Stadt in diesem Jahr, der gesamte Haushalt umfasst rund 3 Milliarden. Jetzt werden wir zur Kasse gebeten: 140 Millionen Euro sollen pro Jahr bei Soziales und Kultur gekürzt oder durch Gebührenerhöhungen reingeholt werden. Bei der Ratssitzung am 7. Oktober soll der Doppelhaushalt 2010/11 beschlossen werden.

Für freie Träger wie Jugendzentren, Bürgerzentren, Gesundheits-, Kultur- und Sozialinitiativen gilt schon seit Jahresbeginn eine 12,5prozentige Pauschkürzung. Öffnungszeiten wurden reduziert, befristete Arbeitsverträge nicht verlängert, Angebote für Kinder, Jugendliche oder kranke Menschen eingeschränkt. Diese Pauschkürzung soll über 100 Mio. Euro sparen. Dazu kommen Schwerpunkt-Kürzungen in Höhe von rund 35 Millionen in 2010 und 65 Mio. in 2011:

Kinder und Jugend: Es werden weniger Betreuungsplätze für Unter-3jährige geschaffen, das Mittagessen in Kita und OGTS (Offene Ganztagschule) wird teurer. In den OGTS wird es durch Kürzungen weitere Qualitätssenkungen geben. Bei der ambulanten Jugendhilfe sollen bis zu 5 Mio. jährlich gespart werden, die Einschulungshilfe für arme Familien soll entfallen.

Arbeitsplätze: Bis zu 1.000 Arbeitsplätze bei der Stadt sollen gestrichen werden. Die Stadtgärtnerei wird verkleinert, möglicherweise ge-

schlossen, Ausbildungsplätze würden entfallen. Die Sargträger auf den Friedhöfen sollen privatisiert werden.

Kultur: Viele Kulturinitiativen müssen Einschnitte von 20-30% hinnehmen. Die Eintrittspreise für Museen sollen steigen, die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek reduziert werden. Festangestellte MusiklehrerInnen sollen durch Honorarkräfte ersetzt werden.

Gebühren und Abgaben: 8,8 Mio. will die Stadt durch eine neue Winterdienstgebühr einnehmen, die Parkraumbewirtschaftung wird ausgeweitet, die Tickets teurer. Der Botanische Garten soll Eintritt kosten.

Dies ist nur der Anfang. Die Stadtspitze arbeitet schon daran, bis zur Verabschiedung des Haushaltes weitere Kürzungen in Höhe von rund 150 Mio. zusammenzustellen. Angeblich soll dieser Sozialabbau nach einigen Jahren zu einer Gesundung des Haushaltes führen. Doch das ist Schönfärberei. Die Kommunen sind unterfinanziert. Das Sparen wird zum Totsparen. Soziale Dienste werden nach und nach zerstört, die Stadt wird trotzdem

weiter in die Pleite treiben – wenn nicht endlich umgelenkt wird und die Reichen und Besitzenden zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben herangezogen werden.

Ausführliche Darstellung der Kürzungen unter: www.clausludwig.de



Vom Protest zum Widerstand: Für einen gemeinsamen Streik- und Aktionstag

Der Widerstand hat bisher nicht ausgereicht. Trotz großer Protestaktionen mit bis zu 6.000 TeilnehmerInnen wurde ein Kürzungshaushalt in den Stadtrat eingebracht.

Um den Druck zu steigern, könnten alle betroffenen Einrichtungen an einem Tag geschlossen bleiben und die Zeit nutzen, die Öffentlichkeit über die Folgen der drohenden dauerhaften Schließung oder verkürzter Öffnungszeiten zu informieren.

Dafür bietet sich der 29. September, der europaweite Aktionstag der Gewerkschaften, an. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sollten wirksamen Widerstand organisieren und alle Kölner Beschäftigten an diesem Tag aufrufen, die Arbeit niederzulegen und zur Demonstration zu kommen. Ein stadtweiter Streik könnte den »Sachzwang«-Politikern eindrucksvoll zeigen, dass wir uns nicht länger ihre unsoziale Kürzungspolitik aufzwingen lassen.



Interview mit einer Sozialarbeiterin

»Ich bin als Sozialarbeiterin in einer Kinder- und Jugendeinrichtung tätig. Es bestehen neben dem offenen Jugendbereich drei Übermittagsbetreuungsgruppen (ÜMB) für SchülerInnen im Alter von 10-14. Schwerpunktmäßig bin ich für zwei der ÜMB-Gruppen, d.h. insgesamt 30 Kinder und Jugendliche zuständig. Arbeitsschwerpunkte sind Hausaufgabenbetreuung und Freizeitpädagogik.«

Welche Probleme bestehen schon jetzt in Kölner Jugendeinrichtungen?

»Die Personalstruktur zeichnet sich oft durch eine Kombination minimaler Fachkraftstunden, ergänzt durch Honorarkräfte aus, beide meistens befristet. Die Organisation von (Projekt-)Geldern nimmt einen hohen Zeitaufwand in Anspruch. Die finanziellen Zuwendungen für den laufenden Betrieb werden geringer, so dass notwendige Angebote für Kinder und Jugendliche entfallen müssen oder eine hohe Eigenleistung erfordern würden – die aber von unserem Klientel nicht bezahlt werden kann.«

Was bedeuten die geplanten Kürzungen für euch? »Die Stadt Köln plant bis zu 12,5% Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich. Die Auswirkungen werden dramatisch sein: Personalabbau, obwohl aktuell Angebote und Bedarfe für Kinder und Jugendliche aufgrund der Minimalbesetzung kaum gedeckt werden können. Verringerung der Öffnungszeiten, wodurch der Zugang zu den Hilfe- und Unterstüt-

zungsleistungen erschwert wird. Deutliche Verringerung der Budgets für Bildungsarbeit, Betreuungsangebote und freizeitpädagogische Aktionen. Gegebenfalls die Schließung von Jugendeinrichtungen.«

Wie reagieren die KollegInnen in den Einrichtungen darauf? »Die Stimmung äußert sich in Angst und Unsicherheit, aber auch im Willen, etwas gegen die geplanten Kürzungen zu tun – was ja auch schon bei Protestaktionen passiert ist. Ich glaube, den Jugendlichen und auch den Eltern ist die Tragweite noch nicht bewusst. Es gilt, permanent aufzuklären und zu motivieren, gegen die geplanten Kürzungen zu kämpfen.«

Es wurden bereits einige Bündnisse ins Leben gerufen, um gegen die Kürzungen aufzubegehren. Was denkst du darüber? »Für die Belange der Jugendarbeit hat sich das Bündnis »Keine Kürzungen für Kurze« gegründet, welches aufgrund verschiedener Aktionen schon in der Presse war. Was meines Erachtens fehlt, ist ein Rahmen, innerhalb dessen betroffene Kolleginnen und Kollegen einen Austausch über ihre aktuelle Situation finden und miteinander in Diskussion kommen können, vor allem über die Frage, was noch zu tun ist. Meine Frage an die Gewerkschaften wäre, inwieweit sie dabei hilfreich sein können.«

Solidarität mit dem »Autonomen Zentrum« in Kalk

Seit Mitte April kann das mit Sozial- und Kulturangebot nicht gerade gesegnete Veedel Kalk mit etwas Neuem und in Köln Einzigartigem aufwarten: Dem »Autonomen Zentrum«, kurz AZ, in der Wiersbergstraße.

Wie ist es dazu gekommen? Haben die Stadtoberen endlich beschlossen, dass ein armes, von Arbeitslosigkeit betroffenes Veedel wie Kalk dringend ein für Alle zugängliches – weil kostenloses – Zentrum braucht, in dem Jugendliche Konzerte hören und machen können, in dem sich Arbeitslosenberatungen und andere Gruppen treffen können? Haben sie beschlossen, dass unser Geld, das bis jetzt in unsinnige neue U-Bahnlinien gesteckt oder gleich den Investoren der Esch-Oppenheim-Fonds in den Rachen geschmissen wurde, in so einem Zentrum viel besser angelegt ist? Natürlich nicht!

Die seit Jahren leer stehende ehemalige KHD-Kantine, die sich im Eigentum einer Tochter der Sparkasse befindet, wurde am 19. April besetzt. Es ist eine legitime und sinnvolle Idee, Häuser, die leerstehen und von ihren Besitzern dem Verfall preisgegeben werden, für sozia-

le, politische und kulturelle Angebote zu nutzen und nebenbei »instandzusetzen«. Das sehen auch viele Kalker BürgerInnen so. Trotzdem weigern sich die Sparkasse und die Stadtspitze um OB Roters, mit den BesetzerInnen über die Nutzung zu verhandeln – obwohl diese ein detailliertes Konzept vorgelegt haben. Dieses beinhaltet, dass das AZ keine städtischen Mittel für den Betrieb braucht. Sparkasse und Stadtspitze behaupteten, dass Gebäude sei baufällig, doch eine Begehung des Bauamtes hat bewiesen, dass das Gebäude sicher genutzt werden kann. Dennoch will die Sparkasse das Gebäude unbedingt räumen lassen und greift zu üblen Tricks, indem sie Strom und Wasser abklemmen lässt.

Autonom heißt, dass die Menschen dort selbstbestimmt handeln und nicht von der Stadt oder einer ähnlichen Institution abhängig sind. Stadtspitze und etablierte Parteien kürzen die eigenen Jugendzentren kaputt und wollen keinen Raum für die Selbstverwaltung lassen. Wir verteidigen sowohl die städtischen Jugendeinrichtungen als auch selbstverwaltete, autonome Zentren.

Alternativen zum Kölner Kürzungshaushalt

Verwaltung und etablierte Parteien behaupten, es gäbe keine Alternativen zum sozialen und kulturellen Kahlschlag. Doch die angeblichen »Sachzwänge« wurden politisch beschlossen und durchgesetzt. Die öffentlichen Kassen wurden durch die Steuergeschenke der Regierungen Kohl, Schröder und Merkel an die Reichen und Konzerne sowie durch die »Rettungspaket« für die Banken geplündert.

Der Bund hat die Verluste an die Länder und an die Kommunen weitergereicht. Die Städte sind besonders von der kapitalistischen Krise betroffen. Die Gewerbesteuer, ihre wichtigste Einnahmequelle, sinkt. Die Sozialausgaben steigen. Als ob das noch nicht reichen würde, haben die etablierten Parteien SPD-CDU-FDP-Grüne die Umverteilung öffentlicher Gelder auf die Konten der Reichen auf Kölner Ebene fortgesetzt. Die Stadt Köln gibt jährlich rund 100 Mio. Euro für fragwürdige bis schädliche Großprojekte aus, die nur den Baukonzernen, Kreditgebern oder Investoren sichere Profite garantieren.

Wir sollen den »Gürtel enger schnallen«, aber die BewohnerInnen der Kölner Nobelviertel Hahnwald oder Marienburg brauchen ihre Gürtel nicht antasten. Die Privatvermögen sind in den letzten Jahren stärker gewachsen als die Schulden. Die Schulden der öffentlichen Haushalte sind die Profite und Vermögen der Reichen: »Reicher Mann und armer Mann standen da und sahen sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.« (Bertolt Brecht).

Wir kämpfen gegen sämtliche Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich. Nötig ist ein Haushalt, der sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert. Statt 1-Euro-Zwangsjobs, Arbeitsplatzvernichtung bei der Stadt und dem Totsparen von sozialen und kulturellen Projekten brauchen wir öffentliche Investitionen in qualifizierte und tariflich bezahlte Arbeitsplätze, bezahlbare Wohnungen, bessere Kinderbetreuung und Bildung sowie Freizeit- und Sportangebote.

Die Stadt Köln bezahlt jedes Jahr zwischen 110 und 150 Millionen Euro Zinsen an die Banken. Darunter sind auch Banken, die in die Krise geraten sind und mit Steuergeldern gestützt werden. Das hindert sie nicht daran, bei den Kommunen Zinsen zu kassieren. Bevor bei den Armen und den Jobs gekürzt wird, sollte bei den Zahlungen an die Banken gespart werden.

- ➔ **Keine Kürzungen bei Soziales, Kultur, Sport und Freizeit, Rücknahme der in den letzten Jahren erfolgten Kürzungen**
- ➔ **Nein zu Personalabbau und Privatisierung**

- ➔ **Umwandlung aller 1-Euro-Jobs in reguläre, tariflich bezahlte Arbeitsplätze**
- ➔ **Keine Erhöhung von Gebühren (Parken, Eintritte usw.), nein zur Einführung der Winterdienstgebühr**
- ➔ **Erhöhung der Gewerbesteuer, um die Unternehmen stärker an der Finanzierung öffentlicher Dienste zu beteiligen**
- ➔ **Nicht nur jammern, sondern handeln: Gemeinsamer Kampf von Städten und Gemeinden für eine bessere Finanzausstattung; Aussetzung von Zahlungen an den Bund (z.B. Anteil an der Gewerbesteuer), um dies durchzusetzen**
- ➔ **Kündigung aller Verträge, welche einseitig private Investoren begünstigen, wie im Fall der Messehallen geschehen. Überprüfung aller Großprojekte (z.B. Technisches Rathaus, U-Bahn-Bau). Die Verantwortlichen für korrupte Geschäfte müssen mit ihrem persönlichen Vermögen haften**
- ➔ **Stopp von Zinszahlungen an die Banken, koordiniertes Vorgehen der Städte und Gemeinden**

Die Krise heißt Kapitalismus

Die Krise der kommunalen Haushalte ist nicht neu. Aber die jetzige ist tiefer als alle bisherigen. Das hängt unmittelbar mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zusammen. Überall soll jetzt die breite Masse der Bevölkerung für die Folgen zahlen. In Europa, in Deutschland, in Köln – überall wird bei denen gekürzt, die diese Krise nicht zu verantworten haben.

Deshalb ist ein gemeinsamer Widerstand gegen jede Form von Sozialabbau nötig. Der Kampf gegen Schließung von Jugendzentren in Köln, gegen die Gesundheitsreform der Bundesregierung, gegen Kürzungspakete in Griechenland, Spanien, Großbritannien ist ein gemeinsamer Kampf, weil es eine gemeinsame Ursache gibt: Die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Am 29.9. findet es einen internationalen Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) statt. Auch in Köln wird es an diesem Tag Aktionen geben. Die SAV ruft dazu auf, sich am 29.9. an den Protesten zu beteiligen.

Aktuelle Infos unter: www.sozialismus.info.

Stadtrat beschließt Mietstopp für Messehallen Nord

In nicht-öffentlicher Sitzung hat der Rat am 13. Juli beschlossen, ab August die Mietzahlungen an den Esch-Oppenheim-Fonds für die Messehallen Nord einzustellen und den Mietvertrag für nichtig zu erklären, wenn die Investoren weiterhin nicht bereit sind, die Hallen zu einem ihrem Wert angemessenen Preis an die Stadt zu verkaufen.

Ein Wertgutachten wird erstellt, um darauf das Kaufangebot zu stützen. Die Investoren waren in monatelangen Verhandlungen nicht bereit, auch nur auf einen Teil der Extra-Profite zu verzichten, die ihnen durch das einseitige Geschäft zu Ungunsten der Stadt garantiert worden waren.

Verträge, welche die Stadt benachteiligen, können gekündigt oder aufgelöst werden. Das kann auch auf andere Projekte und Verträge angewandt werden. Wir lassen uns nicht mehr erzählen, dass solche Verträge »alternativlos« sind und die Stadt keine Handlungsmöglichkeiten habe.

Die KritikerInnen haben durch Aufklärung, Nachforschen und dadurch, dass sie immer wieder die Frage aufgeworfen haben, den notwendigen Druck erzeugt. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Stadt keinen Rückzieher macht und keine öffentlichen Gelder an die Messe-Investoren verschenkt.

Claus Ludwig, Sozialistischer Stadtrat, Die LINKE.Köln

Claus Ludwig ist Mitglied der Fraktion Die LINKE. im Kölner Stadtrat und Mitglied der SAV. Er vertritt seine Fraktion im Finanzausschuss des Rates. Beschäftigt ist Claus Ludwig bei der gesetzlichen Unfallversicherung und ist Sprecher der ver.di-Gruppe in seinem Betrieb.

Als Sozialist nutzt Claus die Position im Stadtrat, um dem außerparlamentarischen Widerstand in den Veedeln und in Betrieben eine Stimme in der öffentlichen politischen Debatte zu verschaffen. CDU, SPD, FDP und Grüne vertreten letztendlich nur die Interessen von Banken und Konzernen und der kleinen reichen Schicht in unserer Gesellschaft. Grundlegende Veränderungen für die breite Masse der Bevölkerung können nur durch eigene Aktivitäten, durch Proteste und Widerstand durchgesetzt werden.

Claus Ludwig hat mitgeholfen, die Machenschaften um den Bau der Messehallen durch den Esch-Oppenheimer-Fonds bekannt zu machen. Er war daran beteiligt, die Initiative »Bäder für Alle« aufzubauen, die es 2007 geschafft hat, die geplante Schließung des Nippes-Bades vorerst zu verhindern. Claus tritt im Rat und außerhalb gegen sämtliche unsoziale Kürzungen ein und fordert, dass die Reichen, Banken und Konzerne zur Kasse gebeten werden. Er unterstützt Beschäftig-

te bei der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze wie im Fall von KHD Humboldt-Wedag.

Claus kämpft gegen alle Formen von Rassismus und Diskriminierung und ist bei den Aktionen gegen »ProKöln« und andere Faschisten immer dabei, z.B. bei den Blockaden gegen den »Anti-Islam-Kongress«.

Er hat zusammen mit anderen Kölner BürgerInnen eine Unterschriften-Aktion gegen die Räumung des »Autonomen Zentrums« initiiert.

Claus Ludwig steht für das Prinzip der SAV, dass gewählte VertreterInnen in Parteien, Parlamenten und Gewerkschaften keine Privilegien genießen dürfen. Claus Ludwig spendet daher seine Aufwandsentschädigung in Höhe von 412 Euro monatlich vollständig für die politische Arbeit. **Mehr Informationen: www.clausludwig.de**



Was will die Sozialistische Alternative?

Kein Arbeitsplatz ist mehr sicher. Alle sozialen Rechte sind bedroht. Die Umwelt geht kaputt. Eine kleine Minderheit besitzt die Banken und Konzerne und hält die wirtschaftliche Macht in ihren Händen.

Die SAV ist der Ansicht, dass gegen jede Verschlechterung und für jede Verbesserung gekämpft werden muss – nicht vereinzelt, sondern gemeinsam und organisiert. Dafür ergreifen wir Initiativen, dafür sind wir aktiv in der Partei DIE LINKE, linksjugend.solid und in den Gewerkschaften.

Alle Erfahrungen zeigen aber: Der Kapitalismus kann nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft zu verbinden.

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. In der DDR gab es keinen Sozialismus. Dort herrschte eine abgehobene Bürokratie.

Die Diktatur der Konzerne muss überwunden werden. Weltweit. Da-

für bedarf es einer internationalen marxistischen Organisation. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) will eine solche aufbauen. Die SAV ist Teil des CWI.



ViSdP und Kontakt: Jakob Meindorf, SAV Köln, c/o Linker Raum Kalk, Steprathstr. 11, 51103 Köln
Treffen: Mittwochs, 19.30 Uhr, Allerweltshaus Ehrenfeld, Körnerstr. 77-79 (U-Bahn Körnerstr.)
E-Mail: koeln@sav-online.de
Telefon: 0178-7830194
Internet: www.sozialismus.info